

„JugendZukunftsInitiative – JUZI“

Beschluß 39. Landesparteitag Filderstadt
9. Mai 1998

Die JugendZukunftsInitiative - JUZI - war ein großer Erfolg für die CDU Baden-Württemberg. Beim offenen Jugendforum im Sommer '97 haben die Delegierten und über 400 Jugendliche aus dem ganzen Land (von denen die große Mehrheit nicht der CDU oder der Jungen Union angehörten) entschieden, welche Antworten sie auf drängende Zukunftsfragen geben.

Die Zukunftschancen der jungen Generation müssen zum entscheidenden Thema der Politik werden. Was müssen wir heute ganz konkret tun, um die Chancen der Jungen morgen zu sichern? Auf diese Frage haben uns junge Menschen beim Jugendforum in Pforzheim ihre Antworten gegeben.

Sie fordern:

1. Die Landesregierung und die CDU-Landtagsfraktion sollen bis Ende 1998 einen Bericht vorlegen, welche staatlichen Aufgaben nach ihrer Auffassung privatisiert werden können und welche nicht. Dies ist durch eine konkrete Umsetzungsplanung gegebenenfalls unter Berücksichtigung eines unabhängigen Instituts zu flankieren.."
2. Die Landesregierung soll eine Bundesratsinitiative starten, die Kohlesubventionen bis 2005 einzustellen.
3. Die hohe Staatsverschuldung ist kontinuierlich zurückzuführen. Staatliche Aufgaben müssen grundsätzlich nur aus dem verfügbaren Steueraufkommen finanziert werden. Neue Schulden dürfen nur noch für im Einzelnen begründete Zukunftsinvestitionen gemacht werden.
- 4./5. Der Gesamtsozialversicherungsbeitrag muß unter 40% gesenkt werden. Neben dem gesetzlichen Umlageverfahren müssen kapitalgedeckte Versorgungssysteme aufgebaut werden, die die gesetzliche Rente ergänzen. Der Anteil der Rentenversicherung muß dabei dauerhaft auf unter 20% abgesenkt werden.
6. Die jetzt beschlossene Eigenbeteiligung der Beamten an einer Pensionskasse ist ein Schritt in die richtige Richtung, der weitergeführt werden muß.
7. Die CDU Baden-Württemberg bekennt sich zur allgemeinen Wehrpflicht. Dabei ist auf die Einhaltung der Wehrgerechtigkeit entsprechend zu achten."
8. Das Wahlalter von 18 Jahren ist beizubehalten.
9. Dort, wo Jugendgemeinderäte eingerichtet werden, wird ihnen ein Antragsrecht an den Gemeinderat und ein eigenes im Ermessen des Gemeinderats liegendes Budget für jugendpolitische Aktivitäten eröffnet. Ebenso verpflichtet sich der Gemeinderat zur Anhörung des Jugendgemeinderats.
10. Die Landesregierung startet eine Kampagne für mehr Engagement im Ehrenamt, die sich sowohl an Vereine wie an die Jugend wendet.
11. Umweltgerechtes Verhalten soll durch verminderte Steuern und Abgaben belohnt, umweltschädigendes Verhalten stärker bestraft werden“ "Jede Erhöhung von Steuern und (Lenkungs-) Abgaben mit dem Ziel der Steuerung des Umweltverhaltens ist durch eine Senkung von Steuern in anderen Bereichen auszugleichen. Derartige Veränderungen im Steuersystem dürfen nicht zu einer Erhöhung des Steueraufkommens oder der Steuerquote führen."

12. Die Europaabgeordneten der CDU starten eine Initiative mit dem Ziel, im Rahmen einer ökologischen Union eine vertraglich abgesicherte Harmonisierung der Umweltstandards in Europa zu erreichen.
13. Die Landesregierung soll einen Gesetzentwurf im Bundesrat einbringen, der die Mineralölkonzerne zur gesteigerten Beimischung von Biodiesel zum Dieselmotorkraftstoff und mindestens zum Ersatz des fossil erzeugten Methanols im Benzin (3% Methanol-Anteil ist zur Zeit möglich) durch regenerativ erzeugtes Methanol verpflichtet; Ziel sollte dabei das Jahr 2005 sein
14. Die Bundesregierung wird aufgefordert, in langfristig angelegten Förderprogrammen die Wasserstofftechnologie zum Bestand der Energieversorgung zu machen.
15. Bei der Vergabe von Entwicklungshilfeprojekten soll stärker als bisher berücksichtigt werden, ob die Empfängerländer wirksame humanitäre Maßnahmen zur Geburtenkontrolle durchführen und die Menschenrechte beachten.
16. Bei der Entwicklungshilfe soll der Anteil der Mittel, die in Aus- und Weiterbildung gehen, erheblich erweitert werden. Diese Maßnahmen sind im Entwicklungshilfebericht der Bundesregierung eigens auszuweisen.
17. In der Schule soll nicht zu Lasten anderer Fächer mehr Unterricht in Musik, Literatur, Kunst und Sport angeboten werden.
18. Religion muß ordentliches Unterrichtsfach bleiben. Ethikunterricht wird Pflicht für alle, die sich vom Religionsunterricht befreien lassen.
19. Grundsätzlich soll der gemeinsame Unterricht (Ausnahme Sport) zwischen Jungen und Mädchen beibehalten werden. In Modellversuchen soll aber überprüft werden, ob geschlechtsspezifischer Unterricht in naturwissenschaftlich-technischen Fächern zu besseren Erfolgen führt.
20. Das Programm "Computer in die Schule" muß auf die Grundschulen ausgeweitet werden.
- 21./22./28./29.
Die Ausbildungszeit junger Leute muß so verkürzt werden, daß grundsätzlich mit 24 Jahren der Start ins Berufsleben möglich wird. Das könnte durch eine achtjährige Gymnasialzeit erreicht werden. Die Studiendauer muß ebenfalls reduziert werden. Dazu trägt eine Freischußregelung ebenso bei wie regelmäßige Leistungskontrollen alle zwei Semester. Deshalb werden obligatorische Zwischenprüfungen eingeführt. Die Zwischenprüfung nach dem vierten oder sechsten Semester soll möglichst zu einem berufsqualifizierenden Abschluß führen.
23. Bereits in der Grundschule sollen die Schüler an eine Fremdsprache herangeführt werden.
24. Die Bemühungen für den Schüleraustausch mit dem Ausland sind so zu verstärken, daß jeder Schüler in seiner Schulzeit möglichst 1 Monat im Ausland verbringen. Die Organisation solcher Austausche soll unter Beteiligung der Elternbeiräte und der Schülermitverantwortung stattfinden.
25. Die Schule soll dazu beitragen, daß junge Menschen ihre Lebenserfahrungen stärker vernetzen. Dazu soll sie sich auch der Zusammenarbeit mit Vereinen und ehrenamtlichen Organisationen stärker öffnen.
- 26./27. In der akademischen Ausbildung ist obligatorisch ein mindestens dreimonatiges Betriebspraktikum vorzusehen. Lehrerinnen und Lehrer werden verpflichtet, während ihrer

Ausbildung ein pädagogisches Praktikum zu absolvieren und danach einmal in 5 Jahren an einer Fortbildungsmaßnahme teilzunehmen.

30. Die geltende Regelung für Gebühren bei Langzeitstudierenden ist derzeit nicht zu allgemeinen Studiengebühren zu erweitern.
31. In der Forschungsförderung soll die Bio- und Gentechnologie einen Schwerpunkt erhalten. Die Chancen der Bio- und Gentechnologie müssen der Bevölkerung stärker verdeutlicht werden. Universitäten und Forschungseinrichtungen werden angehalten, regelmäßig Informationsveranstaltungen über ihre Arbeit durchzuführen.
32. Die Unternehmen und die öffentliche Verwaltung werden aufgefordert, mehr Telearbeitsplätze anzubieten.
33. Das Tarifvertragsgesetz muß es Arbeitgebern und Arbeitnehmern erleichtern, Arbeitszeiten individuell zu regeln. Ein erster Schritt sind Tariföffnungsklauseln von Betriebsvereinbarungen. Sozialversicherungspflichtige Teilzeitbeschäftigung muß mit geeigneten Maßnahmen deutlich ausgebaut werden.
- 34./35. Es bleibt gesamtgesellschaftliche Aufgabe, Jugendlichen eine qualifizierte Berufsausbildung zu ermöglichen. Durch eine Initiative der Landesregierung, sind alle Betriebe, die die Voraussetzungen zur Ausbildung erfüllen, stärker in die Pflicht zu nehmen, auch Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. und aus dem dann diejenigen eine Ausbildungsvergütung erhalten, die Ausbildungsplätze bereitstellen.
36. Zukünftig sollen Arbeitnehmer für ihre berufliche Fortbildung mehr finanziellen Eigeneinsatz leisten und auch Freizeit einbringen.